

Medienbeobachtung

24.07.2023

Inhaltsverzeichnis

- S. 3 **Wien droht bei Finanzausgleich mit VfGH**
22.07.2023 , Die Presse Seite 6

Die Presse vom 22.07.2023

Wien droht bei Finanzausgleich mit VfGH

Stadtchef Ludwig erwägt, Höchstgericht anzurufen.

Wien. Die Länder drängen auf eine neue Verteilung der Steuereinnahmen. Sollten die Verhandlungen zum Finanzausgleich kein Ergebnis zeitigen, könnte die Causa auch die Höchststrichter beschäftigen. Wiens Bürgermeister und Landeshauptmann Michael Ludwig (SPÖ) droht, den Verfassungsgerichtshof (VfGH) anzurufen. Im Interview mit der „Kronen Zeitung“ gab er sich überzeugt, dass die Ansprüche der Länder zu Recht gestellt würden.

„Der Bund hat Maßnahmen gesetzt, die die Einnahmen in den Ländern und Gemeinden stark reduzieren. Etwa die Steuerreform oder auch die Abschaffung der kalten Progression“, sagte Ludwig. Er drängt, dass dies finanziell abgegolten werde. „Außerdem schenkt uns der Bund nicht Geld, sondern das ist die Verteilung von gemeinsamen Steuereinnahmen.“

Pakt gefährdet

Wenn die Verteilung nicht in einem deutlich anderen Ausmaß geschehe, gefährde es den Stabilitätspakt zwischen Bund und Ländern, so Ludwig. Dann müsste man weitere Schritte, etwa den Gang zum VfGH, überlegen. Die Bundesverfassung sehe vor, dass die Gebietskörperschaften in einem entsprechenden finanziellen Ausmaß ausgestattet sein müssten, um ihre Aufgaben zu erfüllen. (APA)

Quelle	Die Presse
Typ	Tageszeitungen
Land	AT
Sprache	Deutsch

Wien droht bei Finanzausgleich mit VfGH

Stadtchef Ludwig erwägt, Höchstgericht anzurufen.

Wien. Die Länder drängen auf eine neue Verteilung der Steuereinnahmen. Sollten die Verhandlungen zum Finanzausgleich kein Ergebnis zeitigen, könnte die Causa auch die Höchststrichter beschäftigen. Wiens Bürgermeister und Landeshauptmann Michael Ludwig (SPÖ) droht, den Verfassungsgerichtshof (VfGH) anzurufen. Im Interview mit der „Kronen Zeitung“ gab er sich überzeugt, dass die Ansprüche der Länder zu Recht gestellt würden.

„Der Bund hat Maßnahmen gesetzt, die die Einnahmen in den Ländern und Gemeinden stark reduzieren. Etwa die Steuerreform oder auch die Abschaffung der kalten Progression“, sagte Ludwig. Er drängt, dass dies finanziell abgegolten werde. „Außerdem schenkt uns der Bund nicht Geld, sondern das ist die Verteilung von gemeinsamen Steuereinnahmen.“

Pakt gefährdet

Wenn die Verteilung nicht in einem deutlich anderen Ausmaß geschehe, gefährde es den Stabilitätspakt zwischen Bund und Ländern, so Ludwig. Dann müsste man weitere Schritte, etwa den Gang zum VfGH, überlegen. Die Bundesverfassung sehe vor, dass die Gebietskörperschaften in einem entsprechenden finanziellen Ausmaß ausgestattet sein müssten, um ihre Aufgaben zu erfüllen. (APA)

Hilferuf: Forschung fehlen Millionen

Wissenschaft. Forschungsansätze zu Klimawandel, Krebs oder Quantenphysik seien gefährdet, sagt der Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Heinz Faßmann.

VON ELISABETH HOFER

Wien. Zellkulturen haben es gern kalt. Wer mit ihnen forscht, tut gut daran, sie gekühlt aufzubewahren. Auch Hochleistungsrechner brauchen kalte Luft, und die Quantenphysik, die funktioniert nun einmal nicht ohne Strom. Das alles hat zur Konsequenz: Die Forschung in Österreich leidet unter den gestiegenen Energiekosten.

Auch davon abgesehen hätten die hohe Inflation und die gestiegenen Personalkosten dazu geführt, dass das im Oktober 2022 beschlossene Budget für die außeruniversitäre Forschung (fünf Milliarden von 2024 bis 2026) nicht ausreichen werde. Das erklärten am Freitag der Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW), Heinz Faßmann, und Henrietta Egerth, Geschäftsführerin der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG).

Inflation unterschätzt

Eigentlich habe man sich über das Ergebnis der Budgetverhandlungen im Oktober gefreut, sagt Faßmann. Dann aber habe sich herausgestellt, dass auch die Wirtschaftsforscher unterschätzt hätten, wie zäh und hartnäckig die Inflation sei. Laut Faßmann und Egerth macht das nun einen Nachtrag im Budgetgesetz nötig. 250 Millionen mehr brauche die Grundlagenforschung, noch einmal so viel die angewandte Forschung.

Und wenn es dieses Geld nicht gibt? Immerhin ist die Forschung



Heinz Faßmann appelliert an die Politik, das Forschungsbudget zu erhöhen. [Jana Madzigon]

nicht der einzige Bereich, dem aktuell das Geld ausgeht. „Dann wird es ernste Probleme geben“, sagt Faßmann. Die Forschung müsste den gesetzlich vorgegebenen Wachstumspfad verlassen. Damit seien dann auch erfolgreiche Forschungsansätze, etwa zu den molekularbiologischen Mechanismen von Krebs, zur Bewältigung des Klimawandels oder zur Entwicklung

leistungsstarker Quantencomputer gefährdet. „Wir müssten den Weg in Richtung Spitze verlassen und uns mit dem Mittelmaß zufriedengeben.“

Verstehen würde man das in der ÖAW auch im Hinblick auf die Verleihung des Nobelpreises an den österreichischen Quantenphysiker Anton Zeilinger im vergangenen Jahr nicht. „Es kann nicht sein,

dass wir am Sonntag den Nobelpreis feiern und am Montag die budgetären Möglichkeiten für die Spitzenforschung beschneiden“, sagt Faßmann.

„Wohlstand gefährdet“

Auch den Wohlstand des Landes sehen er und Egerth gefährdet, wenn die zuständigen Ministerien (Finanz, Wissenschaft, Wirtschaft und Klima) das Budget für die Forschung nicht erhöhen. Warum? Ein Drittel der Forschungsgelder, die in Österreich investiert werden, kämen von der öffentlichen Hand. „Aber jeder Forschungseuro wird von der Wirtschaft sechsfach gehebelt. Diesen Hebel dürfen wir nicht verlieren“, sagt Egerth. Um im globalen Wettbewerb bestehen zu können, brauche es gerade jetzt Unterstützung für die Forschungsbudgets der Unternehmen. Sonst würden dort einige Hundert Forschungsprojekte im Jahr nicht mehr stattfinden können. Darunter wiederum leide dann der Wirtschaftsstandort.

Vorgefühl hat der ÖAW-Präsident – er war selbst von 2020 bis 2021 Wissenschaftsminister unter Kanzler Sebastian Kurz – bereits in seinem ehemaligen Ministerium. Da zeige man für die Probleme der Forschung derweil jedenfalls „Verständnis“. Faßmanns Appell an die Politik: „Man darf die längerfristige Perspektive für die Republik nicht aus den Augen verlieren.“ Manchmal nämlich werde das vergessen – „vor lauter Löschen von innenpolitischen Bränden“.

Die Presse

Der Shop

WINE

SALE

25% Rabatt!
Code: SOMMERWEIN



shop.diepresse.com

Jetzt bestellen!